

**Stellungnahme des Bundesfachverbands unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF e.V.) zum Referenten-Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren**

**Zur unabhängigen Asylverfahrensberatung gem. § 12a:**

**Die Änderung ist grundsätzlich zu begrüßen, aber hier müsste sichergestellt werden, dass das eng getaktete Verfahren den Zugang zu qualifizierter Beratung überhaupt ermöglicht. Die Anhörung müsste z.B. verschoben werden können, wenn sich um eine Beratung bemüht wurde und noch keine gefunden wurde. Hier sollte „soll“ durch „muss“ ersetzt werden.**

Logischerweise müsste die Verfahrensberatung auch die Fristen bei Rechtsmitteln verlängern, also nach ablehnender Entscheidung nochmal zwingend erfolgen.

Unbedingt sollte sie in jedem Verfahrensschritt neben der asyl- auch die individuelle aufenthaltsrechtliche Perspektive erfassen.

- ➔ Diese Änderung halten wir für unerlässlich, weil die Verfahrensberatung, wenn sie nicht zwingend erfolgt eine reine Worthülse bleibt.